

Raul Zelik / Elmar Altvater

# Vermessung der Utopie

*Ein Gespräch über Mythen des Kapitalismus  
und die kommende Gesellschaft*



**BERTZ+FISCHER**

**ELMAR ALTVATER** Das ist das Dilemma konkreter Politik. Wenn die Leute zufriedener sind, weil sie mehr mitreden können, besser und vielleicht auch mehr produzieren, ohne sich dabei kaputt zu machen, dann erhöhen sich ihre Arbeits- und ihre politische Zufriedenheit. Da kann man dann nicht einfach sagen: Das wollen wir nicht. Auf diese Weise würde man sich ja gegen die Interessen der Leute selbst positionieren. So ließe sich eine über den Kapitalismus hinausweisende Utopie nicht konkretisieren.

Sicherlich geht es im Rahmen einer transformatorischen Strategie darum, immer einen Schritt weitergehen zu wollen, die inneren Widersprüche des Systems aufzuzeigen, derartige Widersprüche vorherzusagen. Aber man kann kaum argumentieren, dass Mitbestimmung schlecht ist, weil sie die Menschen stärker in den Herrschaftszusammenhang einbindet. Man kann feststellen, dass diese Mitbestimmung ungenügend ist, dass es sich vielleicht nur um eine formale Mitsprache handelt. Aber das, was als Verbesserung empfunden wird, gilt es auch als solche zu erkennen und anzuerkennen.

Hier haben wir es im Übrigen mit dem alten Dilemma der reformistischen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung zu tun: Wenn reformistische Politik erfolgreich ist, kommt es auch darauf an, die Erfolge institutionell abzusichern. Die Folge ist die »Institutionalisierung des Klassenkonflikts«, wie es der liberale Soziologe Ralf Dahrendorf genannt hat, und damit seine Bändigung. Das ist der »Eintritt der Massen in den Staat«, und damit eine Befriedung der sozialen und politischen Auseinandersetzungen. Das Problem ist, dass viele dieses Dilemma gar nicht mehr wahrhaben wollen, sondern sich mit kleinen Errungenschaften zufriedengeben. Ich würde hingegen vertreten,

dass man den Wert solcher Veränderungen schätzen, aber darüber hinaus versuchen sollte, aus den Verbesserungen der Lage weitere transformatorische Schritte abzuleiten. Ich denke, das ist möglich. Es ist insbesondere in der gegenwärtigen schweren Krise notwendig.

**RAUL ZELIK** Von den Mainstream-Medien wird heute mit großer Süffisanz bemerkt, dass die Linke von der Krise nicht profitiert, sich nicht mit eigenen Vorschlägen profilieren kann. Wir hingegen haben behauptet, dass es durchaus ein Gegenprojekt gibt: Es gilt, die Märkte zu begrenzen und zurückzudrängen, eine unmittelbare Demokratisierung von Gesellschaft und Arbeit einzuleiten, gesellschaftliche Kontrolle über Produktion, Verteilung, Konsum, Finanzmärkte zurückzuerlangen, eine Verschiebung hin zu gesellschaftlichem Eigentum in Gang zu setzen, eine ökologische Umgestaltung der Ökonomie zu erzwingen. Anders ausgedrückt: Es fehlt nicht an Ansatzpunkten, sondern an Konfliktbereitschaft. Sie haben es ja schon gesagt: Eine Utopie bedarf der Macht, der Gegen-Macht.

**ELMAR ALTVATER** Ja. Sozialpolitik kann man nicht einfach mit Geldtransfers machen, sondern man muss dafür – etwas emphatisch gesprochen – Massen mobilisieren. Ohne soziale Mobilisierung, ohne die Bildung von Koalitionen, die das von unten durchsetzen, ohne ein Projekt, das verschiedenste Gruppen integriert, funktioniert das nicht. Das kann man heute in Lateinamerika beobachten, aber das ist natürlich auch eine europäische Erfahrung. Selbst die primitivsten Hygieneregeln bei der Arbeit – dass man sich zum Beispiel in der Arbeitszeit die Hände waschen durfte – mussten der Kapitalseite im 19. Jahrhundert abgerungen und aufgeherrscht werden. Bekannt

sind auch die Beschreibungen der Arbeitsverhältnisse in der US-amerikanischen *new economy*, in der Hochtechnologieprodukte hergestellt wurden, die Kassiererinnen im Supermarkt aber mit Windeln an der Kasse standen, weil es ihnen untersagt war, während der Arbeitszeit zur Toilette zu gehen. Die Lehre ist brutal und eindeutig: Ohne Kämpfe keine Veränderung. Die Kämpfe selbst können nur erfolgreich sein, wenn sie auf verschiedenen Ebenen geführt und verschränkt werden. Kämpfe am Arbeitsplatz bis zum politischen Streik.

**RAUL ZELIK** Wir haben jetzt über politische Forderungen gesprochen, die letztlich vom Staat umgesetzt werden müssen. Andere Steuermodelle, die Rückführung der Grundversorgung in Gemeineigentum – all das geht, auch wenn wir nicht von Staatseigentum sprechen, wohl nur mit dem Staat. Nun sind Staaten, wie erwähnt, aber Einrichtungen der Herrschaft. Auch in sozialistischen Gesellschaften, in denen der Staat ja »absterben« sollte, ist es nicht gelungen, diesen Herrschaftscharakter zu verringern. Im Gegenteil: Der sozialistische Staat zeichnete sich sogar durch besonders umfassende Herrschaftspraktiken aus. Es gibt also einerseits keinen Grund, sich positiv auf den Staat zu beziehen. Andererseits ist aber auch deutlich, dass politische Auseinandersetzungen, also das Ringen um Hegemonie, im Staat ausgefochten werden. Veränderungsprozesse finden gezwungenermaßen auch im und mit dem Staat statt. Daraus ergibt sich für Emanzipationsbewegungen ein komplexes Verhältnis, nämlich *gegen, mit und im* Staat.

**ELMAR ALTVATER** Dem stimme ich voll zu. Ich erinnere mich auch an den kurzen Aufsatz, den Sie vor einigen Jahren über lateinamerikanische Genossenschaften veröffent-

licht haben und der genau diesen Titel trug. Sie haben dort die Vielschichtigkeit beschrieben, mit der Bauern- und Genossenschaftsbewegungen im Grenzgebiet von Kolumbien und Venezuela eigene Solidarstrukturen aufbauen. Manchmal geht das nur im Widerstand gegen den Staat, manchmal nur in ihm; und bisweilen fällt beides zusammen. Obwohl kolumbianische Kleinbauernorganisationen den Staat als Gegner betrachten, haben sie nicht darauf verzichtet, in den regionalen Staatsstrukturen Druck auszuüben, damit eigene Projekte von Förderprogrammen profitierten. Wie man vorgeht, lässt sich immer nur situationsabhängig entscheiden.

Mir scheint völlig klar, dass der Staat eine Arena der Auseinandersetzung ist. Das ist er vor, aber auch nach dem »Eintritt der Massen in den Staat«, vor und nach der »Institutionalisierung« sozialer Konflikte. Es ist eben nicht so, dass auf der einen Seite eine Gesellschaft existiert, in der Auseinandersetzungen ausgetragen werden, und dass ein Akteur, wenn er dabei erfolgreich ist, den Staat übernimmt und als Instrument einsetzt. Das war die Vorstellung der historischen Sozialdemokratie und wahrscheinlich auch ihr größter Irrtum. Sie ging davon aus, dass die Arbeiterklasse die Mehrheit der Bevölkerung stellt, dass diese Mehrheit in einer Demokratie die Regierung bestimmen und sich dann des Staates, der ja schon als Machtinstrument organisiert ist, bedienen könne, um eine planende Umgestaltung der Wirtschaft vorzunehmen.

Dieses instrumentalistische Staatsverständnis war politisch fatal. Es ist deshalb ein beträchtlicher analytischer Fortschritt, wenn man den Staat in der Tradition des italienischen Philosophen und Politikers Antonio Gramsci

als eine Arena der sozialen Auseinandersetzungen interpretiert. Staat und Gesellschaft sind nach Gramsci nicht klar voneinander zu trennen. Sie gehen ineinander über, bilden den »erweiterten Staat«, in dem es um die Macht geht, um die Bildung eines hegemoniefähigen »historischen Blocks«.

**RAUL ZELIK** Wobei meistens vergessen wird, dass die Akteure in dieser Arena nicht gleichberechtigt miteinander ringen. Der Staat garantiert die ungleiche Verteilung der Mittel. Er formuliert formal gleiche Rechte, sichert privilegierten Gruppen aber größere Möglichkeiten, diese Rechte – beispielsweise die Meinungsfreiheit, die Möglichkeit, auf parlamentarische Politik einzuwirken etc. – auch auszuüben.

**ELMAR ALTVATER** Das liegt auf der Hand: Zum Beispiel die Polizei – die einen haben sie, die anderen haben sie nicht. Gleichberechtigt ist das nicht. Aber alle Subjekte haben dafür ihre spezifischen Stärken. Wenn das nicht der Fall wäre, könnte man von vornherein aufgeben. Innerhalb der Auseinandersetzungen kommt es ja nicht nur auf den repressiven Staatsapparat an, also auf die Frage, wer Polizei und Armee kontrolliert. Nein, es geht immer auch um Legitimität. Dieser Begriff spielt bei Max Weber nicht umsonst eine so zentrale Rolle. Und es geht um Konsens. Ein Staatsapparat, der sein Monopol der Gewaltmittel sehr repressiv einsetzt, ist meistens nicht viel wert. Er verfault von innen her. Wenn der Konsens abhanden kommt, ist der Staatsapparat nicht mehr richtig, das heißt, zur Untermauerung der Hegemonie, zur Stärkung der Macht einsetzbar. Eine Bewegung, der es gelingt, den herrschenden Konsens zu unterminieren und einen neuen Konsens über zentrale Fragen der Arbeit, des Le-

bens, des Geldes, der Natur zu organisieren und auf diese Weise Hegemonie zu entwickeln, kann deshalb stärker sein als jeder Repressionsapparat. Und das ist die Chance oppositioneller Bewegungen. Das Ringen um Hegemonie erfolgt unter anderem auf intellektuellem Terrain, aber auch durch sozialstaatliche Praxis, genossenschaftliche Organisation, Solidarpraktiken usw.

**RAUL ZELIK** Der Staat ist eine Arena, ein Feld der Auseinandersetzungen. Nun hat die Definitionshoheit der Nationalstaaten, wie wir festgestellt haben, in den vergangenen Jahren deutlich abgenommen. Nicht nur, weil der Staat durch den Neoliberalismus politisch zurückgedrängt worden ist, sondern auch, weil sich Beziehungen und Realitäten faktisch globalisiert haben. Nationalstaaten können auf viele Prozesse nur noch indirekt Einfluss nehmen. Wir haben es also mit einer Arena zu tun, in der überhaupt nur noch beschränkt entschieden wird.

**ELMAR ALTVATER** Es ist eine paradoxe Situation entstanden. Die Staaten haben selbst jene Grenzen dereguliert, die ihnen Einflussnahme ermöglichten. Sie haben Märkte liberalisiert, die sie, wie ein ehemaliger Chef der Deutschen Bank, Rolf Breuer, meinte, »ins Schlepptau nehmen«. Er ging sogar noch weiter und meinte, neben den drei traditionellen Gewalten der Legislative, Exekutive, Judikative und der »vierten Gewalt« der Medien sei die »fünfte Gewalt« der globalisierten Finanzmärkte entstanden, die nun die Politik bestimmen würde. Hans Tietmeyer, ehemals Präsident der Bundesbank, fügte hinzu, das sei auch gut so. Die Herrschaft des *demos* in einer Demokratie wird durch die Herrschaft der globalen Finanzen ausgetauscht.

Es ist richtig, dass sich viele Fragen nur noch auf supranationaler oder globaler Ebene entscheiden lassen. In

Europa haben wir in mancher Hinsicht mittlerweile eine europäische Staatlichkeit. Es sind verschiedene Schichten von Staatlichkeit, die sich gegenseitig durchdringen. Der Nationalstaat ist aber durch die Globalisierung nicht verschwunden, und vieles, so etwa die Sozialpolitik, findet nach wie vor auf der nationalstaatlichen Ebene statt. Infolgedessen finden auch die Auseinandersetzungen innerhalb dieser »Mehrebenenstaatlichkeit« statt.

Auf der Ebene des Nationalstaats ist es oft leichter, Auseinandersetzungen auszutragen. Auf europäischer Ebene gibt es Sprachprobleme, Mobilitätsschranken. Eine europäische Demonstration ist sehr viel aufwendiger zu organisieren als eine nationalstaatliche oder regionale. Noch komplizierter ist es auf globaler Ebene. Die Internationalisierung von Bewegungen und einer kritischen Öffentlichkeit ist ein ziemlich neues Phänomen. Die Weltsozialforen gibt es erst seit wenigen Jahren. Das Kapital hingegen macht das schon lange. Die sogenannten Bilderberg-Konferenzen – internationale Treffen von Eliten aus Politik und Wirtschaft – finden seit den 1940er Jahren statt. Das *World Economic Forum* in Davos hat seine Ursprünge in den 1960er und frühen 1970er Jahren. Die Antwort darauf, das Weltsozialforum, stammt erst aus dem Jahr 2001, sprich: aus dem 21. Jahrhundert.

**RAUL ZELIK** Bleiben wir beim Staat. Wir sind uns darin einig, dass eine emanzipatorische Bewegung zwar gegen den Staat antreten, dies irgendwann aber auch im Staat tun muss. In Europa ist das heute nur begrenzt relevant, weil emanzipatorische Bewegungen nur schwach wahrnehmbar sind. Sobald sich das ändert, steht man jedoch vor diesem Problem, und dafür muss man Kriterien definieren. Der wichtigste Maßstab wäre für mich, ob eine

Politik im Staat, *von oben*, die Spielräume für soziale Praxen *von unten* erweitert. Das soll heißen: ob Organisationsprozesse von unten gestärkt, direktdemokratische Mechanismen gefördert, die Kontrolle der Gesellschaft über ihr Leben erweitert werden.

**ELMAR ALTVATER** Ja, und das ist nur möglich, wenn es Bewegungen gibt, die autonom existieren und intervenieren. Regierungen, Parteien, die – wie Sie es genannt haben – »Politik von oben« machen, können Bewegungen nicht in Gang setzen. Um ein Beispiel zu nennen: Man kann keinen Staatssekretär für solidarische Ökonomie ernennen, wie das in verschiedenen lateinamerikanischen Ländern der Fall war, wenn es nicht bereits eine genossenschaftliche Bewegung gibt, die eine solidarische Ökonomie entwickeln will. Wenn solche Bewegungen existieren, können Regierungen eine positive Rolle spielen. Nicht zuletzt können sie sie finanziell fördern, denn genossenschaftliche Betriebe können in einer Geldgesellschaft nur entstehen und sich entwickeln, wenn sie über Investitionsmittel verfügen.

**RAUL ZELIK** Wechseln wir nun die Perspektiven und fragen, was bestehende Verhältnisse *von unten* in Frage stellt. Wir haben immer wieder die Genossenschaftsbewegung erwähnt. Ich denke, dass solchen Projekten deswegen große Bedeutung zukommt, weil – wie wir immer wieder betont haben – eine andere Ökonomie sich in erster Linie dadurch auszeichnen müsste, dass die Gesellschaft demokratisch über Ziele und Formen der Arbeit, der Verteilung usw. entscheidet. Staat und zentrale Planung können das offensichtlich nicht gewährleisten. Es muss also Gemeinschaften geben, in denen praktische Erfahrungen mit Gemeineigentum, Demokratie und solidarischem Arbeiten gesammelt werden.

**ELMAR ALTVATER** Die Genossenschaften haben eine lange Tradition und begleiten die Geschichte der Arbeiterbewegung und des Kapitalismus als – wie der britische Sozialhistoriker E.P. Thompson es nannte – »moralische Ökonomie«, als nicht profitorientierte Wirtschaft, in der Kriterien wie Gleichverteilung, Demokratie, Betriebsführung unter Beteiligung aller, nicht hierarchische Organisation usw. eine zentrale Rolle spielen. Dieses Element hat es in der Geschichte immer gegeben, es ist aber auch immer wieder verdrängt oder integriert worden. Wir haben es also mit einer widersprüchlichen Geschichte zu tun, die nichtsdestotrotz heute erneut aktuell ist.

Die Non-Profit-Ökonomie in den europäischen Industrieländern ist größer als die wichtigsten Wirtschaftsbranchen, sie umfasst Millionen Menschen, viele von ihnen allerdings in ausgesprochen prekären Verhältnissen. Und das ist das große Problem: Genossenschaften bieten keine Garantie dafür, dass es nicht prekär zugeht. Eigentlich sollten Genossenschaften mehrere Bedingungen erfüllen: Sie sollten demokratisch strukturiert sein und nicht gewinnorientiert arbeiten, Gender-Gerechtigkeit aufweisen, ökologisch produzieren usw. Manche Genossenschaften erfüllen zwei der Ziele, andere drei und wieder andere keines. Es gibt also eine Vielzahl ökonomischer Realitäten, die nicht über einen Kamm zu scheren und nicht immer positiv zu bewerten sind. Und der schwierigste Aspekt ist, dass die Non-Profit-Ökonomie in Europa zum Teil den zusammengebrochenen oder zusammengekürzten Sozialstaat ersetzt, also auf prekäre Weise – sowohl für die Beschäftigten als auch für die Klientel – Funktionen übernimmt, die früher der Sozialstaat erfüllte: Alten- und Kinderbetreuung, Bildungsangebote, Gesundheitsdienstleistungen usw.

Wenn öffentliche Güter genossenschaftlich, aber prekär bereitgestellt werden, ist das kein Fortschritt.

**RAUL ZELIK** Ein weiteres Problem besteht darin, dass Genossenschaften unter den bestehenden Marktbedingungen enge Grenzen gesetzt sind. Der Soziologe, Ökonom und Genossenschaftstheoretiker Franz Oppenheimer formulierte bereits vor fast hundert Jahren die These, dass Kooperativen entweder an ihren politischen Zielen festhalten, dann aber ökonomisch scheitern oder aber ökonomisch erfolgreich sind, dafür jedoch politisch scheitern. Das ist auch nicht besonders verwunderlich: Sie müssen sich in einem kapitalistischen Umfeld behaupten und mit niedrigen Kosten, also auch den niedrigen Löhnen anderer Produzenten, konkurrieren.

Ganz gut kann man das an der baskischen Mondragón-Gruppe beobachten ...

**ELMAR ALTVATER** ... ein multinationales Unternehmen ...

**RAUL ZELIK** ... ein Genossenschaftstrust sozusagen. Die Mondragón-Gruppe entstand während der Franco-Diktatur als eine Form der Dissidenz. Dahinter standen baskische Linkskatholiken, die mit dem spanisch-nationalistischen Regime nicht einverstanden waren, aber auch keine revolutionäre Position vertraten. Da es sich beim Franquismus um so etwas wie eine katholisch-faschistische Diktatur handelte, konnten sich unter dem Dach der Kirche auch oppositionelle Gruppen sammeln.

Heute ist die Mondragón-Genossenschaft eines der zehn erfolgreichsten Unternehmen im spanischen Staat – und operiert mit allen Scheußlichkeiten eines normalen Großkonzerns. Die Genossenschafter beziehen zwar hohe Einkommen und haben auf Versammlungen alle das gleiche Stimmrecht. Doch um sich auf den Weltmärkten

zu behaupten, hat die Mondragón-Gruppe in Niedriglohnländern Fabriken aufgebaut, in denen die Belegschaften als Leiharbeiter angestellt sind. Und auch im Baskenland selbst beschäftigt man Leiharbeiter.

Trotzdem ist die Mondragón-Genossenschaft interessant. Antton Mendizabal, ein baskischer Ökonom, der dem Unternehmen gegenüber überaus kritisch eingestellt ist, hat die Kooperative in einem Vortrag als »Stachel im kapitalistischen System« bezeichnet. Sie zeige, dass demokratische Prinzipien auch im Wirtschafts- und Arbeitsleben gelten könnten. Nur in Genossenschaften wird nämlich die Forderung »One (wo)man, one vote« umgesetzt. In Aktiengesellschaften gilt ja im Prinzip ein »feudales« Stimmrecht: Wer mehr besitzt, darf mehr entscheiden, wer gar nichts hat, ist der Knecht, der nur seine Arbeitskraft zur Verfügung stellen darf.

Tatsächlich wird auf den Versammlungen der Mondragón-Genossenschaftler auch immer wieder heftig debattiert. Die Unternehmensleitung vertritt normalerweise klassische Managementpositionen. Sie will einfach nur effizient und rentabel arbeiten. Aber im hochpolitisierten Umfeld im Baskenland regt sich unter den Genossenschaftlern auch Widerstand. Sie verlangen, dass das Unternehmen seine Solidarprinzipien konsequenter umsetzt und auch die Arbeiter der Tochterunternehmen zu Genossenschaftlern macht. Selbst ein so problematischer Fall wie die Mondagrón-Gruppe verweist also auf das Potenzial einer anderen Ökonomie.

Zudem muss man auch sagen: Mondragón oder Arrasate, wie es auf Baskisch heißt, sieht anders aus als der Rest des Baskenlandes. Die Arbeitslosigkeit ist niedrig, die soziale Gleichheit groß, man sieht an den Häusern

sofort, dass das Lohnniveau in der Kooperative höher ist als im privatkapitalistischen Umfeld.

**ELMAR ALTVATER** Einige sagen über solche Genossenschaften ja auch, hier herrsche die Arbeit über das Kapital und nicht umgekehrt. Das heißt, viele andere Prinzipien, die zu einer Genossenschaft gehören, werden vielleicht verletzt. Aber der eine oder andere Punkt ist eben dann doch besser als in einem kapitalistischen Unternehmen. Das erinnert ein wenig an die Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien. Obwohl dort viele Mängel zu beobachten waren, gab es Möglichkeiten der Partizipation.

**RAUL ZELIK** Dem kooperativen, gemeinschaftlichen Arbeiten wohnen aber auch systemische Probleme inne. In Genossenschaften, aber auch schon in Lebens- und Wohngemeinschaften stellt sich permanent die Frage, wie Arbeit verteilt und gegebenenfalls auch entgolten wird. Dieser Aspekt steht in einem Zusammenhang mit der in den 1960er Jahren im staatssozialistischen Lager geführten Debatte um Anreizsysteme und materielle Entlohnung. In einer auf Kooperation beruhenden Gesellschaft sollte Arbeit nicht um des individuellen Vorteils willen, sondern aus allgemeinem Interesse geleistet werden. Im Sozialismus hat man deshalb zunächst versucht, die Leute zu einer gesellschaftlich nützlichen Haltung zu verpflichten, zu erziehen und zu agitieren. Das war im schlechteren Fall repressiv, im besseren penetrant und mündete in dümmliche Politikampagnen oder eine Idealisierung von Aufopferung und Selbstkasteiung.

Die Frage mit den Anreizen ist nun längst nicht so kompliziert, wie gemeinhin unterstellt wird. Selbst im Kapitalismus, in dem ja eine nicht minder penetrante Erziehung zu Eigennutz und sogar zu Rücksichtslosigkeit

stattfindet, handeln Menschen oft ohne Gegenleistung kooperativ und solidarisch. Eine Gesellschaft, die das nicht mehr tut, zerfällt. (Vor dem Hintergrund ist wohl auch die Debatte um den Verlust moralischer Werte zu sehen, wie sie unter anderen der CDU-Politiker Wolfgang Schäuble vor ein paar Jahren anstieß. Der neoliberale Anreiz zersetzt auf die Dauer nicht nur die politische Solidarität, sondern auch wertkonservative und autoritäre Gemeinschaftskonzepte.)

Solidarität ist also auch im kapitalistischen Alltag vorhanden. Trotzdem stellt sich gerade bei den unangenehmsten Tätigkeiten das Problem der Wechselseitigkeit. Es scheint, zumindest heute, keine Alternative zu geben: Man muss ein einigermaßen einsichtiges und gerechtes Anreiz-, Entlohnungs- oder Ausgleichsmodell zwischen Tätigkeiten entwickeln. Womit nicht gesagt werden soll, dass diese Angelegenheit im Kapitalismus sinnvoll geregelt wäre. Dass eine relativ selbstbestimmte Tätigkeit als leitender Angestellter oder Unternehmer 20, 50, 100 Mal so gut entlohnt wird wie die extrem belastende Arbeit einer Krankenschwester, hat mit einem gesellschaftlich nützlichen Anreiz oder mit Einkommensgerechtigkeit nichts, aber auch gar nichts zu tun. Das System, das wir heute vorfinden, ist vollendeter Wahnsinn. Doch auch in einer alternativen Ökonomie muss man Antworten finden, die über den moralischen Appell an das Verantwortungsbewusstsein des Einzelnen hinausgehen.

**ELMAR ALTVATER** Es lohnt sich in diesem Kontext, die Arbeiten des französischen Philosophen André Gorz noch einmal zu lesen, der sich ja viel mit der Überwindung der Arbeitsgesellschaft und einem alternativen Arbeitsbegriff auseinandergesetzt hat. Wir sind auf die Gorz'sche

Unterscheidung zwischen autonomer und heteronomer, zwischen selbstbestimmter und nicht selbstbestimmter, zwischen nichtentfremdeter und entfremdeter Arbeit bereits eingegangen. Die große Herausforderung für jede nicht kapitalistische Gesellschaft besteht darin, die Verhältnisse so zu organisieren, dass alle Menschen ihrer autonomen Tätigkeit nachgehen können, gleichzeitig aber auch solche heteronome Arbeit übernehmen, die man nicht mag, die aber trotzdem verrichtet werden muss.

Im Kapitalismus stellt sich das Problem nicht in dieser Form. Dort ist Arbeit in erster Linie Lohnarbeit und für das individuelle Überleben notwendig. In einer nicht kapitalistischen Gesellschaft müsste Arbeit neu verteilt werden. Das wird dadurch ein wenig erleichtert, dass wir unterschiedliche Vorlieben haben. Eine Arbeit, die Sie als heteronom empfinden, wird von mir vielleicht gern getan und umgekehrt. Doch eine solche gegenseitige Ergänzung hat Grenzen. Es gibt Dinge, die niemand gerne tut, und die müssen verteilt werden. Hier müssen wir auf die Einsicht der Gesellschaftsmitglieder setzen, dass derartige Arbeiten eben verrichtet werden müssen. Dieser Aspekt findet sich schon bei der *oikonomia* von Aristoteles, wo der patriarchale Haushaltvorstand zu verrichtende Arbeiten verteilt. Eine »Haushaltsführung« muss nun nicht patriarchal oder autoritär sein. Die Verteilung von Tätigkeiten kann auch genossenschaftlich, demokratisch und partizipativ erfolgen. Wir alle kennen Beispiele, in denen wir aus »Einsicht in die Notwendigkeit« Arbeiten aufteilen und übernehmen. Das ist ja auch ein literarisches Thema. Man lese Mark Twains Geschichte von Tom Sawyer, der einen Zaun streichen soll, obwohl er das hasst.

**RAUL ZELIK** Eine Erfahrung ist aber auch, dass gerade an der Frage der Verteilung unangenehmer Arbeit Gemeinschaften immer wieder zerbrechen.

**ELMAR ALTVATER** Wenn man Alternativen hat, gibt es diese Dynamiken. Wenn man aber aus einer Gemeinschaft, in der man Verantwortung übernehmen muss, in eine andere fällt, in der man dies ebenso tun muss, wird das anders aussehen. Man wird dort bleiben, wo die Arbeitsteilung am sinnvollsten organisiert ist, und einsehen, dass unangenehme Arbeiten eben übernommen werden müssen. Konkreter: Das Abwaschen in Wohngemeinschaften ist immer ein Problem. Aber es ist immer auch lösbar. Mit ein bisschen Erfahrung pendeln sich die Dinge ein: Die einen kochen gern, die anderen kümmern sich um etwas anderes. Die einfachen Alltagsbeispiele zeigen, dass es natürlich Konflikte gibt. Aber erstens gibt es im menschlichen Leben überall Konflikte, und zweitens kann man zu Lösungen kommen.

**RAUL ZELIK** Doch auch der »materielle Anreiz« hat seinen Platz: Dadurch dass man die Verrichtung von Arbeiten »belohnt«, die von anderen nicht gern übernommen werden, schafft man nicht gleich ein Klima des rücksichtslosen Egoismus. Ich sage das deswegen in einem ziemlich naiven Ton, weil mir das Konzept des »neuen Menschen«, wie es sozialistische Erzieher, angefangen von Che Guevara bis zu den Maoisten verfolgt haben, zuwider ist. Ein emanzipatorisches Projekt muss unaufgeregter, gelassener daherkommen: Wir, die ganz normalen, real existierenden Menschen, sind in der Lage, anders zu leben. Wir brauchen dafür nicht umerzogen oder neu erschaffen zu werden. Das, was wir an Verstand, Empathie und Verantwortungsgefühl mitbringen, reicht völlig aus, um die

Gesellschaft anders, besser zu organisieren. Selbstverständlich verändern wir uns auch selbst, wenn die Bedingungen andere sind. Wir lernen, demokratische Entscheidungsprozesse zu organisieren, entwickeln partizipative Fähigkeiten, schärfen unser Einfühlungsvermögen. Aber wir müssen nicht dafür erzogen werden, um einer Gesellschaftsutopie gerecht zu werden. Die Utopie ist für uns da und nicht wir für sie.

Sie haben nun auch gesagt, dass hier Bewusstseinsfragen verhandelt werden. Sich mit anderen abzustimmen und Verantwortung für eine Gemeinschaft zu übernehmen, erfordert Einsicht – und also auch Bewusstsein.

**ELMAR ALTVATER** Ja, natürlich. Menschen sind handelnde Subjekte und handeln, so ist zu hoffen, mit Verstand. Aber noch mehr: Menschen schaffen durch ihr Handeln Umstände, die im positiven wie im negativen Sinne Restriktionen des Handelns darstellen. Diese Restriktionen muss man bewusst erkunden, um dann eventuell wieder Korrekturen des Handelns vorzunehmen.

**RAUL ZELIK** Nehmen wir einmal eine dieser anthropologischen Vermutungen, die einem im Alltag immer begegnen, wenn von Sozialismus die Rede ist. Ein sehr beliebtes Argument lautet: »Eine schöne Idee, aber die Menschen sind egoistisch und machen nichts, ohne individuelle Vorteile davon zu haben.«

Wir haben es schon betont: Eigentlich reicht ein Blick in die Welt der unbezahlten Arbeit, der Pflege, um zu wissen, dass das in dieser Form nicht stimmt, nicht stimmen kann. Für besonders unangenehme Tätigkeiten will man entgolten oder belohnt werden, andere Dinge macht man gern auch ohne direkte Gegenleistung. Dafür gibt es auch »modernere« Beispiele. Sehen wir uns an, wie im

Internet neue Gemeingüter, sogenannte *commons*, entwickelt wurden. Aktivisten der Open-Source-Software – Programme, deren Quellcode offen liegt und die von allen Programmierern weiterentwickelt werden können – sprechen in diesem Zusammenhang von *peer production*: eine Produktion, die nicht kommerziell, ohne materielle Gegenleistung, dezentral und kooperativ vonstatten geht.

Ein Beispiel dafür ist die Online-Enzyklopädie Wikipedia. Jeder kann zum Wissen dieser Enzyklopädie beitragen und Artikel umschreiben. Der Prozess unterliegt gewissen Regeln und wird von Freiwilligen moderiert, die die Einträge auf ihre Qualität prüfen und sperren können. Aber die Arbeit an dem Projekt ist offen, kaum zentralisiert, vor allem aber ist sie nicht marktförmig: Man konkurriert nicht mit anderen Anbietern, hat keine materiellen Anreize, verkauft nichts – zumindest nicht, wenn man an Einträgen zu Foucault oder Quantenmechanik arbeitet. Sicherlich hat auch Wikipedia Schwächen – wie jede Enzyklopädie muss man sie kritisch lesen und Informationen überprüfen. Aber insgesamt kann sich das Ergebnis sehen lassen.

Für das Betriebssystem Linux, das als Reaktion auf die Ineffizienz der Microsoft-Systeme MS-Dos und Windows entstand, gilt das sogar noch stärker. Mit Linux wurde in den vergangenen zwei Jahrzehnten ein hochwertiges Softwareprodukt entwickelt, wie es große Unternehmen gegenüber den Konsumenten abschirmen und teuer verkaufen würden. Linux hingegen ist offen: Jeder Nutzer kann nachvollziehen, was das Betriebssystem macht, und es dem eigenen Bedarf anpassen. Vor allem jedoch entstand Linux als freie Kooperation von Produzenten. Ohne dass das ein

deklariertes Ziel gewesen wäre, ist man hier ganz nah an der Marx'schen Utopie der »freien Assoziation der Produzenten«. Im Fall Linux ist dieser Prozess folgendermaßen verlaufen: Softwareentwickler haben ihre Arbeit ins Netz gestellt, um sie diskutieren zu können, andere haben gesehen, was fehlt, Teile weitergeschrieben, erneut ins Netz gestellt und von anderen korrigieren lassen, und so ist – ohne dass es einen Gesamtplan gegeben hätte – ein Produkt entstanden, das seinen kommerziellen Konkurrenten in vieler Hinsicht überlegen ist. Ich finde das verblüffend: Es handelt sich um einen offenen, unhierarchischen, partizipativen, dezentralen, internationalen Produktionsprozess, für den die Produzenten keine unmittelbare Gegenleistung erwarteten – auf so etwas zielte der Begriff des »Kommunismus« ursprünglich ab. Witzigerweise hat das Umfeld, in dem Linux entstand, mit »Kommunismus« wenig zu tun. Für die Linux Entwickler handelte es sich einfach um ein gemeinsames Vorhaben.

Wir haben das schon an anderer Stelle behauptet: Die gesellschaftliche Alternative – die demokratische, bewusste Kooperation in der Arbeit, die Verständigung über Produktion und Konsum – wird nicht unbedingt dort geboren, wo es Linke erwarten. Das Neue kommt unerwartet und vielleicht auch überraschend unspektakulär daher.

**ELMAR ALTVATER** Ja und nein. Ich wäre skeptischer, inwiefern man solche Erfahrungen verallgemeinern kann. Eine derartige Kooperationsmethode funktioniert im Internet, also bei immaterieller Produktion. Die Frage ist nun, ob auch materielle Produktionen oder Dienstleistungen auf vergleichbare Weise entstehen können. Aber Sie haben recht: Die Open-Source-Bewegung ist eine Community,

die positiv Bezug auf den Begriff der Allmende, der *commons*, nimmt. Das »Gemeingut« ist ein großes Versprechen, bietet aber auch enorme Angriffsflächen. Denn es wird ständig versucht, die Allmende in die Sphäre der warenförmigen Verwertung zurückzuholen. Genau darum geht es bei den Auseinandersetzungen um das Copyright. Wenn der Tausch von Dateien im Internet schärfer überwacht und verfolgt werden soll, dann verbirgt sich dahinter das Interesse an einer privatwirtschaftlichen Nutzung des digitalen Raums. Das andere, das sich in Praktiken der kooperativen Arbeit und der Gemeinverfügung ausdrückt, wird als Gefahr begriffen.

**RAUL ZELIK** In einer gewissen Hinsicht unterscheidet sich der digitale Raum nicht prinzipiell von der materiellen Welt. Wenn heute verstärkt um das Copyright gekämpft wird, dann geht es, wie Sie erwähnt haben, um die Aneignung und Inwertsetzung von Gemeingütern. Das ist ein Prozess, der sich historisch ständig von Neuem wiederholt. Dem Privateigentum ging fast immer der Raub von Gemeineigentum voraus. Die historische Allmende, etwa der Wald, wurde von Adligen angeeignet, privatisiert. Dabei wurden Nicht-Adlige *enteignet*. Als Autor, der ich ja angeblich ein Interesse am digitalen Eigentum habe, ist mir die Debatte um das Copyright auch aus diesem Grund so zuwider. Hier wird ein Feld, das ähnlich wie eine historische Allmende von allen genutzt und bearbeitet werden kann, gehegt, privatisiert, dem Zugang entzogen.

**ELMAR ALTVATER** Wobei die Möglichkeiten, sich im Internet dagegen zu wehren, größer sind ...

**RAUL ZELIK** Aber auch Kontrolltechnologien werden immer umfassender. Heute wird im Netz permanent überwacht, wer welche Dateien herunterlädt und zur Verfügung stellt.

Interessanterweise werden durch die Privatisierung des Netzes viele Möglichkeiten der neuen Technologien blockiert. Wissen ist ja ein extrem wichtiger Produktionsfaktor. Für eine Gesellschaft ist es deswegen grundsätzlich positiv, wenn Wissen frei getauscht und entwickelt werden kann. Je mehr man dieses Feld parzelliert und den Zugang zu Wissen und Informationen einschränkt, desto schwieriger gestaltet sich die Arbeit.

An dieser Stelle würde ich gern auf die Frage zurückkommen, wie eine andere Gesellschaft innovativ sein kann. Wir haben darüber gesprochen, dass die sozialistischen Staaten unter anderem deshalb gescheitert sind, weil es kaum Spielräume für Innovationen gab. Nun ist Innovation – auch das haben wir diskutiert – nicht das Gleiche wie Wachstum. Es gibt keinen Grund, warum man ständig *mehr* produzieren sollte. Aber Innovationen sind wichtig. Neue Erfindungen können das Leben vereinfachen, Umweltbelastungen verringern, sie eröffnen ganz neue Perspektiven.

Anders als von Marktradikalen behauptet, werden technische Erfindungen auch im Kapitalismus selten vom Markt ermöglicht. Die Grundlagenforschung wird in der Regel aus öffentlichen Fördertöpfen finanziert, über deren Verwendung nicht zuletzt »politisch« entschieden werden muss. In dieser Hinsicht spielt es keine große Rolle, ob eine Gesellschaft sozialistisch oder kapitalistisch ist.

Anders sieht es bei der Umsetzung von Innovationen in Arbeitsprozessen aus. Da geht es immer auch darum, dass Leute etwas ausprobieren möchten. Man könnte sagen: Transformationen der Arbeitswelt sind zumindest teilweise das Ergebnis von Dezentralität und Desertion.

Leute wollen so nicht mehr arbeiten, scheren aus, widersetzen sich. Hier kommt ein spontaner Aspekt herein, der in Widerspruch zur Planung zu stehen scheint.

**ELMAR ALTVATER** Auch der Kapitalismus schätzt Innovationen nicht besonders. Zu Neuerungen kommt es fast immer nur auf dem einmal eingeschlagenen Entwicklungsweg und in Bereichen, in denen Profite zu erwarten sind. Innovationen, die für das Wohlbefinden der Menschen wichtig wären, sich aber nicht in Gewinn umsetzen lassen, unterbleiben. Deshalb ist die Pharmaindustrie bei Medikamenten gegen Fettsucht sehr viel erfolgreicher als bei der Bekämpfung tropischer Fieberkrankheiten.

Was nun das Verhältnis von Innovation und Planung anbelangt, so kann man zunächst einmal festhalten, dass auch kapitalistische Unternehmen Innovationen planen. Viele Neuerungen müssen in einem jahrelangen, manchmal jahrzehntelangen Prozess realisiert werden. Der Ökonom Joseph A. Schumpeter war deshalb der Auffassung, dass Großunternehmen und Monopole notwendig seien, um – in einem von ihm als »schöpferische Zerstörung« bezeichneten Prozess – Innovationen durchzusetzen. Der Marktmechanismus wird ausgeschaltet, um die Neuerung zu ermöglichen.

Auch Schumpeter vertritt also, dass Planung eine notwendige Voraussetzung von Entwicklung ist. An dieser Stelle hat Schumpeter im Übrigen einen grundlegenden Widerspruch zu Neoliberalen wie Friedrich August von Hayek oder Ludwig von Mises.

**RAUL ZELIK** Die Frage, inwiefern Innovationen geplante Abläufe durcheinanderbringen, stellt sich trotzdem. Wir haben zuvor über den »Transformismus« gesprochen, über die Fähigkeit des Kapitalismus, soziale Krisen zur Moder-

nisierung, als Impuls aufzugreifen. Unvorhergesehene »unternehmerische« Handlungen verändern Arbeitsprozesse und gesellschaftliche Beziehungen.

In einer Planwirtschaft, die im Voraus, also *ex ante*, kalkuliert, stellen solche Verhaltensweisen den Gesamtablauf erst einmal in Frage. Wer aus einem vereinbarten Prozedere ausscheret, verursacht Probleme.

**ELMAR ALTVATER** Ein solches Ausscheren sieht man auch im Kapitalismus nicht gern. Wer die technologisch, arbeitsorganisatorisch und sozial vorgegebene Entwicklungsbahn verlässt, wird – falls er erfolgreich ist – zu einem unangenehmen Konkurrenten oder erzeugt – im Fall des Scheiterns – große Kosten. Veränderungen rufen auch im Kapitalismus Widerstände hervor.

Aber Sie haben in einer Hinsicht recht: Eine vollständig zentralistische Planung kennt diese Flexibilität nicht und ist deswegen jeder Initiative, die die vorherrschenden Strukturen verlässt, gegenüber feindlich eingestellt – auch wenn es sich dabei um eine vernünftige Initiative handelt. Die Wirklichkeit im Realsozialismus war allerdings widersprüchlicher. Dort gab es den »sozialistischen Wettbewerb«; man appellierte an »die Werktätigen«, Vorschläge für Neuerungen zu unterbreiten, und zeichnete »die Neuerer« mit Orden und Preisen aus. Später, in den 1960er Jahren, führte man unter Berücksichtigung von Marktmechanismen auch ein System der »materiellen Interessiertheit« ein, das heißt, die Belegschaften (und das Management) wurden für kostensenkende Innovationen materiell belohnt. Außerdem begann man mit Gewinnkennziffern zu arbeiten, um die Effizienz zwischen Betrieben vergleichen zu können. Ganz innovationsfeindlich war also auch der Staatssozialismus nicht. Man hatte

zumindest theoretisch erkannt, dass Ökonomie, Gesellschaft und Betriebe ohne eine gewisse Flexibilität, Dezentralität und Autonomie nicht funktionieren können. Vor diesem Hintergrund legte man in der Tschechoslowakei 1968, später auch in Ungarn größeren Wert auf die »indikative Planung«. Es wurde ein Rahmen vorgegeben, man ließ den Betrieben dann aber relativ große Spielräume, um diese Ziele zu erreichen. Eine gewisse Konkurrenz zwischen den Betrieben wurde eingeführt, die sogenannten Produktionsfonds – die die Investitionsmittel zuteilten – hingegen blieben unter zentraler Verwaltung. Im Kapitalismus werden solche Vorgaben durch das Geld geleistet. Das Geld hat einen Preis, nämlich den Zins, und das stellt die harte Budgetrestriktion dar. Wer nicht mehr als den Zins erwirtschaftet, geht in Konkurs. In den realsozialistischen Staaten wurde diese Aufgabe vom Rahmenplan übernommen.

**RAUL ZELIK** Ich möchte zwischen einer Autonomie der Bereicherung, das also Unternehmer oder Belegschaften unabhängig wirtschaften, um Kapital zu akkumulieren, und einer Autonomie der Arbeitsorganisation, also der Möglichkeit, dezentral über Arbeitsprozesse zu entscheiden, differenzieren. Ich frage mich, ob die Autonomie im zweiten Sinne, also die Freiheit, etwas »zu unternehmen«, aus einer bestehenden Arbeitsorganisation auszuscheren und etwas anderes auszuprobieren, nicht auch von einem antikapitalistischen Standpunkt stärker verteidigt werden sollte. Man muss in dem Zusammenhang ja auch darauf hinweisen, dass im Kapitalismus die Freiheit der »Unternehmung« nur sehr beschränkt existiert. Sie gilt für diejenigen, die über Kapital verfügen. Die anderen bleiben fremdbestimmte Lohnarbeiter und Scheinselbstständige,

deren Verhalten extrem reglementiert ist – bis hin zum Fließband, wo fast jede Bewegung vorgegeben ist.

In einer Gesellschaft, die gemeinschaftlich und demokratisch über ihre Ökonomie entscheidet, muss es die Freiheit geben, aus bestehenden Arbeitsabläufen auszuscheren und etwas Neues anzufangen. Nicht um sich persönlich zu bereichern – das interessiert die Leute oft auch gar nicht so sehr –, sondern um alternative Formen in der Arbeit zu erproben.

**ELMAR ALTVATER** Das wäre schön, ist aber weniger ein ökonomisches Problem als ein Prinzip des gesellschaftlichen Zusammenlebens: dass man nämlich stets auf der Suche nach dem »guten Leben« ist. Diese Suche schließt solche Innovationen ein, die die Arbeit erleichtern, die Produktivität steigern und einen besseren Umgang mit der Natur erlauben. Zu einer »guten«, sozialistischen Gesellschaft würde es gehören, Räume für eine solche Suche zu öffnen und offen zu halten.

Doch das ist unabhängig davon, ob geplant wird oder ob man das dem Markt überlässt. Solche Fragen müssen auf gesellschaftlicher Ebene geklärt werden.

**RAUL ZELIK** Aber dezentrale, autonome Entscheidungen müssen prinzipiell ermöglicht werden ...

**ELMAR ALTVATER** Ja. Natürlich muss man die Ökonomie so gestalten, dass sie flexibel ist. Dazu bedarf es, wie ich meine, sowohl der Planung als auch der marktförmigen Abstimmung. Auch im Kapitalismus ist das Alltag: Innerhalb eines Unternehmens spielt der Plan eine Schlüsselrolle. In der Fabrik ist alles geplant, und der Arbeiter ist die subalterne Figur, die sich diesen Planungsvorgaben entsprechend verhalten muss. Als empörend wird im Kapitalismus Planung erst dann empfunden, wenn sie die Gesellschaft als

Ganzes erfasst und an die Stelle des vergötterten Marktmechanismus tritt. In der kapitalistischen Realität ist das Einzelunternehmen eine wahre Planungsdespotie, in der man nicht mehr Demokratie finden wird als im politischen Alltag des Realsozialismus.

**RAUL ZELIK** Wir haben die alte Debatte um Markt oder Plan eröffnet. Dass beide Steuerungsformen miteinander kombiniert werden sollten, sagt in dieser Form noch nicht viel aus, weil das von der DDR bis zur CDU-Interpretation von »sozialer Marktwirtschaft« alles bedeuten kann. Ist diese Unklarheit darin begründet, dass die Begriffe Markt und Plan den Kern des Problems nicht beschreiben? Worum es uns doch geht, ist die demokratische Vergesellschaftung der Ökonomie. Planung hingegen setzt voraus, dass etwas im voraus, *ex ante*, geschieht. Gesellschaftliche Verfügung und Entscheidung können aber gleichermaßen *ex ante* wie im Nachhinein, also *ex post*, erfolgen.

**ELMAR ALTVATER** Ich denke, es geht vor allem darum, wie die Verfügung über die Produktionsmittel, wie die Eigentumsordnung gestaltet ist. Habe ich nur Privateigentum oder auch Gemeineigentumsformen: genossenschaftliches, gesellschaftliches, kommunales, staatliches Eigentum? Es gibt eine Vielzahl denkbarer Formen.

Wenn man Markt und Plan als gegensätzliche Leitungsmechanismen interpretiert, dann geht es immer auch um Eigentum. Der Markt setzt dezentrales Eigentum voraus, und im Kapitalismus handelt es sich dabei um Privateigentum, das sehr groß und extrem verschachtelt sein kann. Die großen Konzerne, die Aktiengesellschaften, die Kreditfinanzierung zeigen es. Dieses private Eigentum wird in Autonomie des Eigentümers eingesetzt, um

Profit zu erzielen. Die Verwertung findet im Produktionsprozess statt, wird aber in der Realisierung auf dem Markt vollendet.

Auch in einer sozialistischen Gesellschaft kann man sich dezentrales Eigentum vorstellen, das aber nicht privates Eigentum sein darf. Auch genossenschaftliches, gemeinschaftliches oder kommunales Eigentum ist dezentral; selbst staatliches kann so organisiert werden, dass autonome Entscheidungsprozesse auf unterer Ebene möglich sind. Gleichzeitig wird aber durch gesellschaftliche Organisationen und den Staat ein Rahmen geschaffen, in dem es möglich wäre, auch andere Ziele zu verfolgen und sich darüber zu verständigen, anders als in der gewinnorientierten kapitalistischen Marktwirtschaft: über soziale Belange, über den Schutz der Natur, über kulturelle Prioritäten. Bislang hatte diese Verständigung einen autoritären Charakter. Sie erfolgte innerhalb von Staatsparteien. Man kann sich das aber auch radikal anders vorstellen. Auch wenn man davon ausgeht, dass es weiterhin Staat, Parteien und gesellschaftliche Initiativen gäbe, könnte man die Verständigungsprozesse anders, sozusagen deliberativ, in Form von öffentlichen Debatten gestalten. Diese Prozesse wären keineswegs harmonisch. Es gälte vielmehr, den widerstreitenden, kontroversen Interessen der Menschen in einer Gesellschaft Ausdruck zu verleihen und Geltung zu verschaffen.

In einer kapitalistischen Marktwirtschaft geht es hingegen ausschließlich darum, die Produktionsfaktoren so zu organisieren, dass möglichst viel Gewinn herauspringt. In einer Marktwirtschaft unterscheidet man häufig zwischen Prozess- und Ordnungspolitik. Auch die liberalste Marktwirtschaft bedarf eines Ordnungsrahmens. Des-

wegen nannten sich die deutschen Neoliberalen um Walter Eucken nach 1945 ja auch »Ordoliberaler«. Sie haben nichts gegen Ordnung, sie wollen nur nicht, dass in die operative Planung der Unternehmer eingegriffen wird. Die Unternehmerautonomie, das Privateigentum und die Konsumentensouveränität sind die heiligen Kühe des Neoliberalismus.

**RAUL ZELIK** Wie müsste man sich Entscheidungsprozesse unter sozialistischen Bedingungen vorstellen?

**ELMAR ALTVATER** Es müsste in Form einer facettenreichen Demokratie geschehen, in der auf verschiedensten Ebenen Versammlungen durchgeführt werden. Solche Ansätze hat es historisch natürlich schon oft gegeben. Die Räte sollten genau das sein und leisten. Die Idee einer Sowjetunion, also einer Räteunion, war ja zumindest auf dem Papier, dass Räte die Entscheidungsprozesse von unten nach oben gestalten. Das stand jedoch schnell im Widerspruch zur Machtkonstellation in Russland und wurde deswegen nie oder nur auf formale Weise realisiert. Die Partei- und Staatsbürokratie setzte sich an die Stelle der Räte.

Das Konzept von Räte- oder radikaler Demokratie ist heute wieder hochaktuell. Aber auch in einer radikalen Demokratie müsste selbstverständlich delegiert werden. In großen Gesellschaften lässt sich das nicht vermeiden. Ich wüsste nicht, wie bei zig Millionen oder gar Hunderten von Millionen Staatsbürgerinnen und -bürgern eine direkte Demokratie organisiert werden könnte. Es geht also gar nicht anders. Der Parlamentarismus, so unzulänglich er auch ist, hat seinen Platz.

**RAUL ZELIK** Unvorstellbar: Parlamente als Organe der Demokratie. Jetzt werden Sie wirklich utopisch ...

Aber ich stimme Ihnen in einem Punkt zu: Demokratie wird neben der Eigentumsfrage das Thema zukünftiger Auseinandersetzungen sein müssen. Toni Negri und Michael Hardt haben das vor einigen Jahren in einem Buch, das Sie ansonsten nicht allzu sehr schätzen, auch vertreten: »Revolutionärer Kampf« heißt heute vor allem Kampf um Demokratisierung. Die Mehrheiten werden immer deutlicher von Entscheidungsprozessen ausgeschlossen, Grundrechte werden negiert. Das bürgerliche Demokratieversprechen wird von der sozialen, ökonomischen und medialen Realität völlig konterkariert.

**ELMAR ALTVATER** Man muss eben zur Kenntnis nehmen und daraus politische Schlussfolgerungen ziehen, dass demokratische Verfahren vielleicht die beste verfügbare Ordnung der möglichst breiten Beteiligung am politischen Gemeinwesen sind, dass mit ihnen aber die kapitalistische Machtstruktur, die ökonomische Verteilung von Ressourcen, die Mechanismen sozialer Geltung nicht außer Kraft gesetzt werden. Die ökonomischen Sachzwänge, die Korruption und die Lobbyeinflüsse bleiben, die Einseitigkeit der Medien im Interesse des herrschenden Blocks wird nicht aufgehoben. Auch in einer demokratisch-parlamentarischen Ordnung wird der hegemoniale Kampf nicht stillgestellt.

**RAUL ZELIK** Aber Sie haben noch nichts dazu gesagt, ob eine gesellschaftliche Verfügung über die Ökonomie tatsächlich in Form der Planung, also im Voraus, von-statten gehen muss.

**ELMAR ALTVATER** Man braucht beides. Blicken wir noch einmal auf die Planung im Kapitalismus. Wenn Fiat *ex ante* plant, Chrysler zu übernehmen, um auf eine jährliche Produktion von mindestens vier Millionen Autos zu kom-

men, weil mit weniger als dieser Produktionsziffer auf globalen Märkten notwendige Synergien nicht genutzt werden können, dann hat diese Planung enorme gesellschaftliche Konsequenzen – und zwar sowohl, wenn sie Erfolg hat, als auch, wenn sie scheitert.

Mit Planung haben wir es permanent zu tun. Das Kunststück besteht nun darin, dass diese Planung Spielräume des autonomen Handelns eröffnen muss. Und bei diesem dezentralen Handeln stellt sich erst im Nachhinein heraus, ob es auch erfolgreich war.

Auch Fehlplanung ist übrigens Alltag. Das Kaufhausterben in Deutschland ist – so scheint es zumindest – ein Ergebnis von Fehlplanung, von der nun Hunderttausende betroffen sind. Um Planung kommt man, vor allem bei großen Einheiten, schlichtweg nicht herum.

**RAUL ZELIK** Die liberalen Theoretiker von Mises und von Hayek haben früh auf das Problem zentralisierter Planung verwiesen: Mises hat vorhergesagt, dass eine staatlich zentralisierte Planwirtschaft, wie sie sich die meisten Marxisten seiner Zeit vorstellten, statisch sein werde. Von Hayek war der Überzeugung, dass dezentrale, sich selbst organisierende Prozesse intelligenter sind als zentral und hierarchisch geleitete. Ich finde, dass Mises und Hayek unrecht haben, was den Markt angeht. Der ist ja eben nicht frei, sondern von Machtverhältnissen durchzogen. Das Eigentum ist extrem konzentriert, weswegen reale Märkte mit den theoretischen Märkten nichts zu tun haben. Insofern konstituiert sich dort eben nicht die kollektive, dezentrale, netzwerkartige, mit Gilles Deleuze könnte man sagen: *rhizomatische* Intelligenz, sondern Macht- und Unterordnungsbeziehungen werden zementiert.